

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung „Internationaler Terrorismus“

Der Bundestag wolle beschließen:

Die gegen Libyen gerichtete Militäraktion der Vereinigten Staaten ist zu verurteilen. In ihrer verständlichen Empörung über den internationalen Terrorismus, der von Oberst Gaddafi, aber auch von anderen Regierungen gefördert wird, hat die Regierung in Washington das Augenmaß verloren.

Noch gestern haben sich die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft mit dem Appell an die amerikanische Regierung gewandt, keine Militäraktion gegen Libyen zu unternehmen. Washington hat mit seinem Vorgehen deutlich gemacht, welch geringes politisches Gewicht es der Europäischen Gemeinschaft und seinen europäischen Verbündeten beimißt. Und zwar auch denen, die in unmittelbarer Nähe des Krisenherdes leben. Die Bundesrepublik Deutschland ist darüber hinaus durch Washington noch zusätzlich bloßgestellt worden, da die Administration noch nicht einmal die Ankunft des auf dem Fluge nach Washington befindlichen Bundesaußenministers abgewartet hat. Ein derartiger Umgang mit den Verbündeten fügt der Allianz beträchtlichen Schaden zu.

Die Europäer sind sich mit den Amerikanern in der Verurteilung des internationalen Terrorismus einig, der viele Opfer gefordert hat. Die Bundesrepublik Deutschland hat unter sozialdemokratischen Bundeskanzlern terroristischen Anschlägen und Drohungen mit Besonnenheit und Festigkeit widerstanden und dabei Erfolge erzielt. In gleicher Weise muß jetzt dem internationalen Terrorismus mit zusätzlichen Kontroll- und Schutzmaßnahmen, mit verstärkter internationaler Zusammenarbeit bei der Aufklärung derartiger Anschläge und der Bestrafung der daran Beteiligten begegnet werden. Notwendig sind neben den vom EG-Außenministerrat gestern in bezug auf Libyen vorgeschlagenen Schritten auch Anstrengungen zur Lösung der Krisen in der Region, insbesondere der Palästinenser-Frage, die eine wichtige Ursache der Spannungen im Nahen Osten darstellen.

Der Bombenangriff der Vereinigten Staaten hat den Tod auch unbeteiligter Menschen verursacht. Militäraktionen tragen nicht

zur Überwindung des internationalen Terrorismus bei. Im Gegenteil: Sie werden den Terrorismus eher anstacheln und zu Solidarierungen in der islamischen Welt führen.

Die gestrige Militäraktion kann außerdem eine Eskalation auslösen, die sich der Kontrolle entzieht und den Weltfrieden in Frage stellt. Schon jetzt belastet das Vorgehen der US-Administration die Beziehungen zwischen den Supermächten und beeinträchtigt die durch das Treffen in Genf geweckten Erwartungen. Die Europäische Gemeinschaft und die Bundesrepublik Deutschland müssen alles tun, um dieser gefährlichen Entwicklung entgegenzuwirken. Es ist jetzt notwendig, alles zu unternehmen, damit alle Beteiligten jeden Schritt vermeiden, der zu einer weiteren Zuspitzung der Lage führen würde. Dazu ist auch eine Fortsetzung der Gespräche zwischen den beiden Supermächten erforderlich.

Bonn, den 16. April 1986

Dr. Vogel und Fraktion